

Der 13. Stock

die Kolumne von Dr. Stephan Kloess

Ein lukratives Geschäftsmodell?



Im Zusammenhang mit Politik wird weniger bis gar nicht von Geschäftsmodellen gesprochen. Es steht vermeintlich immer die Sache im Vordergrund – meist Themen, die dringend geregelt werden müssen. Es wird viel weniger abgeschafft als an neuen Regeln dazukommt. Pro Jahr kommen in der Schweiz zahlreiche neue Gesetze und Verordnungen heraus. Insgesamt tausende an neuen Seiten. Dass ein Gesetz ersatzlos gestrichen wird, kommt selten vor. Es gibt keine offizielle Statistik hierzu, aber die Tendenz ist klar.

Dabei besagt eine «alte» Managementregel, dass man sich am Ende eines jeden Jahres fragen sollte: Was kann an Reports, Prozessen, Regelungen weg?

Wie wäre es denn, wenn beispielsweise sozialistische Parteien, von ihren Themen profitieren, die sie bewirtschaften – aber anders als man denkt?

Wenn es genügend definierte «Arme» gibt, muss umverteilt werden, wenn es genügend Menschen ohne Wohnung gibt oder die als suchend definiert werden, muss es eine Regelung geben. Warum soll also das eine oder andere Problem gelöst werden?

Es werden Instrumente eingeführt, die zwei Dinge bewirken: Zum einen stellen sie einen Dis-Incentive – also einen Gegenanreiz – dar, wie beispielsweise beim Mieterschutz, der verhindert, dass neuer Wohnraum geschaffen wird. Zum anderen führt dies zu einer höheren Nachfrage nach Wohnungen von Menschen, die aber diese Wohnung aufgrund anderer Kriterien nicht bekommen können. Diese Enttäuschten stellen ein willkommenes Wählerpotential dar. Da sich so das Problem nicht lösen lässt, ist man schon auf dem Weg zu neuen Versprechungen, neue Regelung zu schaffen...

Ist es also das Geschäftsmodell der Politik uns die Welt kompliziert zu erklären, um sie dann mit Gesetzen und Verordnungen (vermeintlich) zu vereinfachen? Es gibt Probleme, die für bestimmte Politiker oder Parteien als «Dauerbrenner» so wertvoll sind, dass eine endgültige Lösung paradoxerweise ihr eigenes Geschäftsmodell gefährden würde. Man spricht hierbei oft von „Perpetuierung“ (Aufrechterhaltung) von Problemen, um im Gespräch zu bleiben, Wähler zu mobilisieren sowie neue Regulierungen zu rechtfertigen.

Das dies so ist stellte der Ökonom William Niskanen fest. Staatliche Bürokratien und die sie stützenden Politiker maximieren nicht zwingend das Gemeinwohl, sondern ihr eigenes Budget und ihren Einfluss. Ein gelöstes Problem bedeutet: Das Budget wird gekürzt und Aufmerksamkeit schwindet. Ein schlecht gelöstes Problem hingegen verlangt nach einer neuen Behörde, mehr Budget und einer neuen Gesetzesevaluation.

Das Modell – wenn es wirklich eines ist – ist genial. Das Angebot zur Lösung wird verknappt und die Nachfrage nach der eigenen Dienstleistung erhöht. Menschen, die so handeln, stellen sich immer wieder neu die eigene Existenzberechtigung aus. Wenn es das Problem so nicht mehr gäbe, ist die Existenzberechtigung weg. Wo ist also der Anreiz ein Problem wirklich zu lösen?

Bleiben Sie diskursfähig und seien sie herzlich gegrüsst.

Stephan Kloess

Quellen: Dr. Daniel Stelter, Public Choice Theory